



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und Entschließung zu nachhaltigem Wirtschaften

– Der Landtag wolle beschließen:

I) Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Beratungen und Ergebnisse des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 12. bis 14. Juni 2016 in Kiel zum Thema „Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft – Innovation und Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum“. Er stimmt der Schlussresolution zu mit der Drucksache 18/4350 zu und bittet die Landesregierung, die entsprechenden Punkte in ihren Zuständigkeiten aufzunehmen und umzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Landtag im Rahmen des nächsten Europaberichtes über den Stand der Umsetzung der Resolution in Schleswig-Holstein zu informieren.

II) Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht in offenen Grenzen sowie in der Vielfalt der Regionen und Kulturen den Kern europäischer Identität und Integration. Zusammenwachsende Grenzregionen sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft. Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstreicht das Bekenntnis der Regionen zu den Prinzipien einer demokratischen Informations- und Wissensgesellschaft. Die Unabhängigkeit der Medien und der freie Austausch von Ideen sind die Basis für den gesellschaftlichen Diskurs. In der Resolution wird die Bedeutung der ländlichen Entwicklung und Vielfalt der Landbewirtschaftung für die Umweltentwicklung betont. Umwelt- und Verbraucherstandards sind wie die Sicherung von Wertschöpfung und die Vermeidung von Strukturbrüchen gemeinsame europäische Herausforderungen. Sie entscheiden über die Attraktivität der Regionen der südlichen Ostsee für die Bürger*innen und sind Voraussetzung für einen erfolgreichen Tourismus.

In der einvernehmlich beschlossenen Resolution wurden gemeinsame Leitlinien für die Zukunft der Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft formuliert. Sie beziehen sich auf die Handlungsfelder Sicherung der Welternährung, gesellschaftliche Fragen der Land- und Ernährungswirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, Landwirtschaft und Klimawandel, Entwicklung ländlicher Räume, Fischerei und Aquakultur, Ernährungswirtschaft, Gesunde Ernährung, Verbraucherschutz und Veterinärwesen.

Die beteiligten Regionen sehen unter anderem Handlungsbedarf

- zur vermehrten Anstrengung zur Erreichung des Ziels 2 der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG), - den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft fördern -, wobei insbesondere die Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie der Agrobiodiversität stärker berücksichtigt werden sollte;
- zur Ausrichtung der Landwirtschaft an Tierwohl, Klima- und Verbraucherschutz, schonender Umgang mit den Ressourcen Boden, Wasser, Luft und Erhalt der biologischen Vielfalt;
- zur konsequenten Umsetzung von Normen wie der Wasserrahmenrichtlinie, der Nitratrichtlinie und der NERC-Richtlinie sowie zur Reduktion des Pflanzenschutzmittel- und Düngereinsatzes;
- zur Umsetzung des UN-Klimaschutzabkommens, für Forschungs- und Beratungnetzwerke zur Anpassung von Land- und Forstwirtschaft an den Klimawandel sowie zur Senkung von Treibhausgasemissionen im Bereich der Landwirtschaft;
- zur Ausrichtung der Agrarförderung gemäß dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“, zur Stärkung peripherer und strukturarmer ländlicher Regionen im demographischen Wandel, für den Ausbau der Breitbandversorgung sowie die Erschließung ländlicher Räume für den ländlichen Tourismus und den Naturtourismus;
- zur Förderung grenzüberschreitender Cluster und Netzwerke von Unternehmen der Ernährungswirtschaft in Kooperation mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen;
- zur Koordinierung im Bereich des Verbraucherschutzes, wie Maßnahmen zur Sicherung des Tierseuchenschutzes, Lebensmittelüberwachung und zur Vermeidung von Antibiotika-Resistenzen.

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW